

MITTWOCHSKOLUMNE

„Weißt du“, sagte ein älterer Ostdeutscher zu mir, als wir 1993 bei einer Zugfahrt ins Gespräch kamen, „weißt du, Honecker war ein Idiot und euer Breschnew auch. Wenn sie uns mit Bananen und amerikanischen Jeans überhäuft hätten, wäre alles beim Alten geblieben.“ Dann brach der Alte in Gelächter aus, schlug mir kumpelhaft auf die Schulter und sagte: „Vergiss es, das war nur ein Scherz.“

In jedem Scherz steckt bekanntlich ein Körnchen Wahrheit – die Lage im heutigen Russland beweist es: Das Präsidentenduo Putin/Medwedew und die Leute, die hinter ihnen stehen, sind keine Idioten, obwohl sie aus derselben Schule stammen wie die oben genannten Genossen. Doch die heutigen Herren Russlands verstehen ihr Land besser als ihre kommunistischen Vorgänger.

Putin und Medwedew kennen sich auch mit den westlichen Werten aus. Und gerade deshalb praktizieren sie diese nicht. Denn aus ihrer Sicht wären westliche Werte dem durchkorrumpierten Staat,

dessen gespaltene Klassengesellschaft seit Jahrzehnten von materieller Stabilität träumt, nur schädlich.

Ehrlich gesagt: Manche Einschätzungen in den deutschen Medien zum Thema „Russland heute“ sind naiv und oberflächlich.

Zugegeben: Auch wenn man die russischen Realitäten aufmerksam verfolgt, versteht man Russland und die Russen häufig nicht. Keinesfalls will ich die gesamte Politik der heutigen Kreml-Herren rechtfertigen. Der offensichtliche Druck auf Andersdenkende ist nicht zu entschuldigen. Die fast vollständige Zählung der Medien ist ebenfalls kein Anlass für Lob. Auch die gezielte Schwächung der neugeborenen Marktwirtschaft scheint mir ein riskantes Spiel zu sein. Man könnte diese Aufzählung fortsetzen, sollte aber erkennen, dass es sich hier nur um eine Liste von „Produktionskosten“ handelt.

Was produzieren Putin & Co.? Einen selbstbewussten Staat mit kontrollierter Korruption und einer politisch

Von außen betrachtet



Andrej Kobayakov

Die Stabilität der Banane

Der russische Journalist Andrej Kobayakov (46) arbeitet für die Internet-Redaktion der „Deutschen Welle“ und lebt in Bonn.

betäubten Gesellschaft. Und was dient als Betäubungsmittel? Die Stabilität, oder besser gesagt: das, was die russische Masse darunter versteht.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann ist die kontrollierte Korruption ein Strategie-

gie-Pfeiler der von Putin proklamierten „gelenkten Demokratie“. Dieses zynische Werkzeug kann sicherstellen, dass regionale Eliten und der Mittelstand für den Kreml berechenbar sind. Korruption scheint in Russland eine ganz

andere Genese zu haben als in Deutschland: Bestechung und Bestechlichkeit sind Metastasen aus der Zeit der Einheitspartei, als Wohlstand noch als hierarchisches Privileg galt. Diese Form der Korruption schnell zu bekämpfen, ist kaum möglich. Das hat der Vorstand der Kreml AG schnell eingesehen.

Die meisten einfachen Russen genießen heute ihre Form der Stabilität: Sie haben „Bananen“ in Form von Mercedes oder VW, und sie gelangen mühelos an „Jeans“ (Auslandsreisen, Handy, Internet). Diese Russen fühlen sich als Angehörige einer Großmacht und glauben an ein sicheres Morgen.

Was wird morgen sein? Ich möchte keine Prognose wagen, zumal die Politik der russischen Elite sehr intuitiv und interpretativ zu sein scheint. Das Wichtigste ist, dass die Russen sich zumindest einig sind, dass sie nicht zurück wollen in die Sowjetzeit.

Russland hat heute keine geschäftsfähige Opposition mehr und damit auch keine reale Alternative zu Putin &

Co. Wie lange das noch so sein wird? Ich weiß es nicht. Niemand hat bisher den Versuch unternommen, eine europäisierte Demokratie aufzubauen aus den Trümmern der euroasiatischen Autoritärmacht. Niemand weiß, wann in Russland jene Leute in die Schlüsselpositionen kommen, für die materielle Stabilität zweitrangig ist.

Vor diesem Hintergrund brauchen russische Jugendliche die Hilfe Europas. Sie können nur sicher in die Zukunft gehen, wenn der Westen die Russen nicht schulmeisterlich belehrt und spöttisch kritisiert, sondern sie partnerschaftlich unterstützt und vorsichtig korrigiert.

„Haben Sie schon gewählt?“, fragte mich letzten Sonntag eine deutsche Nachbarin. Ohne auf die Antwort zu warten, fügte sie hinzu: „Ich würde unbedingt Putin wählen.“ Ich korrigierte sie: „Meinen Sie Medwedew.“ Die ältere Dame zuckte mit den Schultern: „Ach, diesen Namen vergesse ich immer wieder, aber das ist ja egal, oder?“

BERLINER GESCHICHTEN

Über einen neuen Spitznamen darf sich Berlins Finanzsenator **Thilo Sarrazin** (SPD) freuen: „Bohlen von Berlin“ – in Anlehnung an den Pop-Titan, der sich regelmäßig im Ton vergreift. Sarrazin ist im letzten Monat in jedes Fettnäpfchen getreten, das ihm im Weg stand: Erst präsentierte er einen „Hartz-IV-Speiseplan“, der armen Familien gleichzeitig beim Abnehmen helfen soll, dann düpierte er alle Penner: „Bayerische Schüler können mehr ohne Abschluss als unsere in Berlin mit Abschluss.“ Schließlich trieb er die Verwaltung mit der Bemerkung auf die Barrikaden: „Die Beamten laufen bleich und überbleichend herum, weil die Arbeitsbelastung so hoch ist.“

Um öffentlich Abbitte zu leisten, begab sich Sarrazin in eine Talkshow. Dort leistete er sich den nächsten Fauxpas. Einerseits sei Beschäftigung ohne Sozialabgaben empörend, sagte Sarrazin, „aber ehe jetzt einer im 20. Stock sitzt und den ganzen Tag nur fernsieht, bin ich schon fast erleichtert, wenn er ein bisschen schwarz arbeitet“. Nach vier Ausrutschern in vier Wochen will sich der Senator nun Zurückhaltung auferlegen.

Das Datum:
5. März 1960: Im Kanton Genf wird das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Die gesamte Schweiz zieht erst 1971 nach.
5. März 1953: Der sowjetische Diktator Josef W. Stalin stirbt im Alter von 73 Jahren an den Folgen eines schweren Schlaganfalls.

Einer interessanten Nebentätigkeit widmet sich der liberale Bundestagsabgeordnete **Heinz-Peter Haustein**: Als Bürgermeister im sächsischen Deutschendorf leitet der 54-Jährige die Suche nach dem verschollenen Bernsteinzimmer. In dem Erzgebirgsort an der deutsch-tschechischen Grenze wird ein geheimes Depot der Nazis vermutet. Als vermeintliche Spezialmessungen erste Hinweise auf Edelmetall ergaben, brach unter den Schatzsuchern eine Hysterie aus. Mittlerweile macht sich jedoch Ernüchterung breit, weil die Grabungsteams nichts finden konnten außer verrosteter Konservendosen. Haustein hat die Arbeiten unterbrechen lassen. Offizielle Begründung: Er müsse seinen Pflichten als Bundestagsabgeordneter in Berlin nachkommen. Auch dort könnte man einen Goldschatz gut gebrauchen.

Ungewohnt offen zeigte sich **Angela Merkel** in einem Magazin-Interview. Sie öffnete ihre Fotoalben und präsentierte Bilder aus ihrer Teenager- und Studentenzeit. Bei dieser Gelegenheit gab sich die CDU-Chefin als Pop-Expertin zu erkennen. „Wir haben im Physikörsaalgebäude Disco gemacht“, erinnert sich die promovierte Physikerin. Allerdings galten für die Leipziger Studenten zu DDR-Zeiten strikte Regeln: „60 Prozent Ost-Musik und 40 Prozent West war Vorschrift. Aber das bezog sich unserer Interpretation nach auf die Titel und nicht auf die Länge, so dass wir dann häufig die Ost-Titel nur angespielt haben.“

Holger Eichele

HESSEN



Kooperation möglich: Ypsilanti (SPD) und van Ooyen (Die Linke).

Beschlossen: Ypsilanti paktiert mit den Linken

Berlin/Wiesbaden – Die hessische SPD hat Verhandlungen über eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Führung von SPD-Chefin Andrea Ypsilanti beschlossen und will dafür auch mit der Linken reden. Für ihre Arbeit werde sich die Regierung wechselnde Mehrheiten suchen, mit der FDP, der CDU oder auch der Partei Die Linke, sagte Ypsilanti am Dienstag in Wiesbaden. Die FDP in Hessen habe sich trotz vieler Angebote einer inhaltlichen Diskussion über die Zukunft des Landes verweigert und eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen abgelehnt.

Deshalb sei sie vom SPD-Vorstand und der Landtagsfraktion beauftragt worden, mit den Grünen über die Minderheitsregierung zu verhandeln, sagte Ypsilanti. Dabei habe die SPD den Wählerauftrag für eine gerechtere Bildungspolitik, die Abschaffung der Studiengebühren und eine Wende hin zu erneuerbaren Energien. Für ihre

Wahl zur Ministerpräsidentin braucht Ypsilanti neben den Stimmen der Grünen auch die Unterstützung der Linken mit ihren sechs Abgeordneten im Wiesbadener Landtag.

Der Beschluss der hessischen SPD für eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Duldung der Linken hat nach den Worten von SPD-Fraktionschef Struck keinen Vorbildcharakter für die SPD auf Bundesebene. Im Bund komme „eine Zusammenarbeit mit den Linken nicht in Frage“, sagte Struck in Berlin. Er nehme „zur Kenntnis, dass in Hessen eine andere Entscheidung getroffen worden“ sei. Er zeigte dafür Verständnis, da sich die FDP einer Ampelkoalition „verweigert“ habe.

Die CDU sieht die Große Koalition im Bund trotz der geplanten Gespräche der hessischen SPD mit der Linken nicht in Gefahr. CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer sieht durch den neuen Kurs einen drastischen Vertrauensverlust der SPD. dpa

ARM UND REICH IN DEUTSCHLAND

Die Mittelschicht bricht weg

Während die Regierung den Aufschwung preist, rutschen immer mehr Deutsche in die Armut ab. Neue Studien belegen: Die Mittelschicht schrumpft. Der Graben zwischen armen Bürgern und den Superreichen wird tiefer und tiefer.

VON HOLGER EICHELE

Berlin – Die frohe Botschaft darf in keiner Rede fehlen: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an“, verkündet Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). „Wir sind auf dem Weg zu einem Aufschwung für alle“, sagt Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU). Und SPD-Chef Kurt Beck weiß, wem der Erfolg zu verdanken ist: „Der wirtschaftliche Aufschwung ist unser Aufschwung.“

Die Zahlen ergeben ein anderes Bild: Aktuelle Studien belegen, dass Normalverdiener vom Wirtschaftsaufschwung der vergangenen drei Jahre kaum profitieren konnten. Vor allem die dramatische Erosion der sogenannten Mittelschicht bereitet den Forschern große Sorge. Zur Mittelschicht zählen jene Menschen, die über 70 bis 150 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügen – eine Gruppe, die das Rückgrat der deutschen Gesellschaft und der deutschen Volkswirtschaft bildet. 1992 konnten sich noch mehr als 49 Millionen Deutsche zur Mittelschicht zählen

(62 Prozent) – heute sind es nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nur noch 54 Prozent der Bürger. Jeder siebte Durchschnittsverdiener sei akut gefährdet, in die Armut abzugleiten. Hauptgründe: das wachsende Risiko von Arbeitslosigkeit und die sinkenden staatlichen Leistungen (Hartz IV). Zudem leide vor allem die Mittelschicht darunter, dass die Reallöhne stagnieren und immer mehr Vollzeitstellen in Teilzeit- oder Mini-Jobs umgewandelt werden. Laut Sozialverband VdK lag der Nettoverdienst 2006 im Schnitt auf dem Niveau von 1986.

Vergleicht man das Lohngefälle, wird die Kluft zwischen Arm und Reich deutlich: Die Einkommen der oberen Hälfte wachsen weit- und schneller als die der unter-

en Hälfte. „Die Ungleichheit hat zugenommen“, so das DIW. Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren vor allem Unternehmer, Selbstständige, Aktienbesitzer und andere Kapitalanleger. Das Institut für Makroökonomie und Konsumforschung (IMK) hat ermittelt, dass zwei Drittel der Deutschen kein oder nur wenig Vermögen haben, während das reichste Zehntel knapp 60 Prozent besitzt.

Der soziale Aufstieg bleibt in den meisten Fällen ein Traum: Zwei Drittel der arbeitsgefährdeten Menschen konnten ihre Situation in den letzten sechs Jahren nicht verbessern. Dagegen haben die Einkommensstarken ihre Position zum Teil weiter ausgebaut. Nur etwa jedem Zehnten gelang seit 2002 der Aufstieg aus der Mittelschicht in

höhere Einkommensstufen. Die deutschen Durchschnittsverdiener sehen ihre Zukunft düster: Bei einer Umfrage im Jahr 2006 machte sich jeder Vierte „große Sorgen“ – laut DIW ein „historischer Höchststand“.

Die Bundesregierung übt sich weiter in Optimismus. Auf eine Anfrage der FDP-Fraktion, welche Menschen die Kanzlerin mit ihrer Aufschwung-These eigentlich meine, schickte das Finanzministerium kürzlich eine neunseitige Stellungnahme. Darin rechnet die Regierung vor, dass seit Ende 2005 rund 900 000 Arbeitslose einen neuen Job gefunden hätten. Zudem seien die Bruttolöhne der Arbeitnehmer 2007 um 1,3 Prozent gestiegen. Allerdings stiegen in derselben Zeit auch die Preise – um 2,2 Prozent.



Ganz arm oder schwerreich – und dazwischen wird es immer dünner.

FOTO: DPA

CHINA

Wehretat steigt um 17,6 Prozent

Peking – China wird seinen Verteidigungshaushalt in diesem Jahr um 17,6 Prozent auf umgerechnet 37,5 Milliarden Euro erneut drastisch steigern. Der Etat soll auf der heute in Peking beginnenden Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses gebilligt werden. Der Sprecher des Volkskongresses, Jiang Enzhu, warnte zudem Taiwan vor einer Unabhängigkeitserklärung. Taiwans politische Führung um Präsident Chen Shui-bian werde einen „hohen Preis“ bezahlen, wenn sie geplante Schritte in Richtung einer offiziellen Eigenständigkeit weiter verfolge. China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz. dpa

NIGERIA

Deutscher nach Überfall vermisst

Lagos – In Nigeria ist möglicherweise ein Deutscher entführt worden. Die deutsche Botschaft in Nigeria sei eingeschaltet und bemühe sich um Aufklärung, hieß es in Berlin. Nach Angaben eines Polizeisprechers in Lagos hatten bewaffnete Männer eine Gruppe von Straßenbauarbeitern im Süden des Landes in der Nähe der Stadt Port Harcourt angegriffen. Dabei sei ein nigerianischer Soldat getötet und ein ausländischer Arbeiter verschleppt worden. Der Entführer ist möglicherweise Mitarbeiter der Firma Julius Berger Nigeria, einer Beteiligungsgesellschaft des Mannheimer Baukonzerns Bilfinger Berger. ap

SERBIEN/EU

Parlament sucht Konfrontation

Belgrad – Das serbische Parlament will die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union stoppen, weil viele EU-Mitglieder die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt haben. Das sieht ein in Belgrad veröffentlichter Resolutionsentwurf vor. Regierungschef Kostunica forderte alle Parteien auf, heute für diese Beschlussvorlage zu stimmen. In dem Entwurf werden der EU mehrere Bedingungen für die weitere Annäherung Serbiens an Brüssel gestellt. Unter anderem müssen alle EU-Mitglieder, die das Kosovo bisher anerkannt haben, diese Entscheidung zurücknehmen, heißt es im Text. dpa

GRÜNE

Führungsdebatte voll entbrannt

Berlin – Nach dem angekündigten Rückzug von Grünen-Chef Reinhard Bütikofer ist bei den Grünen die Führungsdebatte voll entbrannt. Bei der Suche nach einem Nachfolger konzentrierte sich der Blick am Dienstag auf jüngere Grünen-Politiker mit realpolitischem Hintergrund. Verschiedene als Nachfolger gehandelte Grüne stehen aber derzeit nicht zur Verfügung, weil sie in ihren aktuellen Ämtern gebraucht werden. Bütikofer will beim Parteitag im Herbst in Erfurt nicht mehr an der Seite der Co-Vorsitzenden Claudia Roth antreten. Er will ins Europaparlament wechseln. dpa

MITTELMEER

Paris und Berlin: Streit über Union

Paris/Hannover – Der Streit zwischen Berlin und Paris über die von Frankreich vorangetriebene Mittelmeerunion geht weiter. Zwar einigten sich Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy auf einen gemeinsamen Vorschlag für diese Kooperations-Gemeinschaft und erklärten den Konflikt offiziell für beigelegt. Am Dienstag machte Premier Filion aber deutlich, Deutschland solle in der Mittelmeerunion nur eine Beobachterrolle spielen, und rief damit neuen Ärger der Bundesregierung hervor. „Dass entspricht aus unserer Sicht nicht der zuvor getroffenen Einigung“, hieß es in Berlin. ap

BUNDESWEHR

Viele Soldaten sind zu dick

Berlin – Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe, hat die mangelnde Fitness der Soldaten beklagt. Bei der Vorstellung seines Jahresberichts in Berlin kritisierte er, dass „Sport in der Bundeswehr oftmals leider nur eine untergeordnete Bedeutung hat“. Über 40 Prozent der Soldaten und damit fünf Prozentpunkte mehr als in der zivilen Vergleichsgruppe seien übergewichtig. Der Anteil der stark übergewichtigen Soldaten liege bei 8,5 Prozent. Daneben bemängelte der Wehrbeauftragte auch die „anhaltende Unterfinanzierung und überbordende Bürokratie“ in der Bundeswehr. ap